



Startseite &gt;&gt; Politik &gt;&gt; Minister bei "Klamroths Konter" : Heil eckt mit Forderung nach Heimarbeit-Recht an

## POLITIK

MONTAG, 27. APRIL 2020

### Minister bei "Klamroths Konter"

## Heil eckt mit Forderung nach Heimarbeit-Recht an

**Die Corona-Epidemie zwingt viele Menschen ins Homeoffice. Einige profitieren davon, andere verfluchen es. Bundesarbeitsminister Heil fordert ein Recht auf die Arbeit von zu Hause. Nicht begeistert zeigen sich Arbeitgeberverbände und die Union.**

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil hat bei ntv seine Forderung nach einem Recht auf Homeoffice bekräftigt. Wenn es betrieblich möglich sei, soll jeder Arbeitnehmer von zu Hause arbeiten dürfen. Zur Not müsse dieses Recht vor Gericht eingeklagt werden, sagte der SPD-Politiker in der Sendung "Klamroths Konter". Er glaubt allerdings nicht, dass dies unbedingt nötig sei: "Es gibt viele Arbeitgeber, die das schon begriffen haben als eine Riesenschönheit." Heil sei es wichtig, dass niemand zum Homeoffice gezwungen wird. "Und wir werden Lösungen finden, die in der betrieblichen Wirklichkeit auch gehen", versprach er. Natürlich gibt es Bereiche, in denen Homeoffice nicht möglich sei. "Sie können nicht als Bäcker die Brötchen von zu Hause aus machen. Aber die Krise zeigt auch, dass viel mehr möglich ist als wir im Alltag erlebt haben."

Auch, wenn Heil selbst von "viel Zuspruch" aus verschiedenen Parteien für seinen Vorschlag spricht, gibt es nicht nur positive Stimmen. CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt etwa wies den Vorstoß nach Teilnehmerangaben in einer Videoschleife des CSU-Parteivorstands zurück. Heil sei "ja schon mehrfach mit nicht durchdachten Vorschlägen verhalten auffällig gewesen", sagte er demnach. "Ein Recht zu schaffen, dass jeder immer dann, wenn er will, ins Homeoffice gehen kann, ist ein tiefer Eingriff in die Arbeitsabläufe der Unternehmen", sagte Dobrindt weiter. "Das Recht auf Homeoffice stößt deswegen bei uns auf Ablehnung."

Prinzipiell habe er nichts dagegen, "dass Menschen im Homeoffice arbeiten, das tun wir derzeit ja alle", sagte Dobrindt demnach. "Aber es muss eine Entscheidung der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer sein, ob im Homeoffice gearbeitet wird." Ein Rechtsanspruch sei nicht der richtige Weg. Auch Unionsfraktionsvize Hermann Gröhe wies Heils Vorschlag zurück.

## Neue Chance oder "politischer Ladenhüter"?

Die SPD verteidigt Heils Vorschlag. "Die Corona-Krise zeigt uns gerade jetzt, was alles im Homeoffice möglich ist", verteidigte die stellvertretende SPD-Fraktionschefin Katja Mast den geplanten Rechtsanspruch. "Wir sollten diesen Innovationsschub über die Corona-Pandemie hinaus nutzen und nicht in alten Reflexen verharren", sagte sie. Der SPD-Abgeordnete Martin Rosemann erklärte, Homeoffice funktioniere am besten dort, "wo es klare Regeln gibt". Ein Rechtsanspruch solle dazu führen, dass in den Betrieben Konzepte für mobiles Arbeiten entwickelt werden - und zwar von Arbeitgebern und Beschäftigten gemeinsam. "Da haben wir in Deutschland großen Nachholbedarf."

Der Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA), Steffen Kampeter, hatte Heils Vorhaben als "politischen Ladenhüter" kritisiert. Es sei zwar im Interesse von Arbeitgebern und Beschäftigten, mobiles Arbeiten dort einzusetzen, wo es möglich und sinnvoll sei. Mit Homeoffice allein könne die Wirtschaft aber nicht am Laufen gehalten werden.

### **Heil: "Möchte nicht, dass Eltern gekniffen sind"**

Angesprochen auf Kritik sagte Heil bei "Klamroths Konter": "Es gibt einzelne Verbände, die jetzt reflexhaft reagieren, aber da muss man auch sagen, die letzte Innovation, die die begrüßt haben, war wahrscheinlich die Einführung des Faxgeräts." Er wünsche sich eine ernsthafte Debatte über die Frage, wie sich die Arbeitswelt verändert durch die aktuelle Situation und welche Chancen sich auftun. "Warum sollten wir, wenn jetzt viel über Einschränkungen gesprochen wird, nicht auch über neue Formen der Selbstbestimmung reden?", fragte Heil.

Trotzdem räumte der Arbeitsminister ein, dass noch viele Fragen ungeklärt sind. Homeoffice dürfe etwa keine dauerhafte Erreichbarkeit von "24/7" bedeuten. Außerdem müsse die Kinderbetreuung ausgebaut werden. "Ich möchte nicht, dass Eltern gekniffen sind, wenn sie keine Notbetreuung haben", sagte Heil. Deshalb solle die Regelung für systemrelevante Berufe ausgeweitet werden. Auch eine Verlängerung der Lohnfortzahlung würden Bund und Ländern besprechen.

*Quelle: ntv.de, ibu mit AFP*

## **DAS KÖNNTE SIE AUCH INTERESSIEREN**

|